

“Vorwort

Selten hat die Wirtschaft im öffentlichen Bewusstsein der Republik so eine wichtige Rolle gespielt. Die Einführung der T-Aktie und die immer neuen Rekordmeldungen von der Börse haben ein neues Aktionärsbewusstsein in breiten Teilen der Bevölkerung geweckt. Gleichzeitig wurde die Öffentlichkeit mit Nachrichten über steigende Arbeitslosigkeit, zunehmenden Lehrstellenmangel, den Verkauf von Bundeseigentum teilweise zu Schleuderpreisen und Höchstzahlen bei Firmenpleiten konfrontiert. Dazu kommt der Streit um den Euro mit der ständigen Beschwörung der Wettbewerbsvorteile durch die Wirtschaft und den vielfach entworfenen Schreckensbildern einer aufgeweichten Währung seitens der Politik.

Drei Elemente haben ab 1997 das Verhalten der meisten großen Konzerne bestimmt: wachsende Monopolisierung, immer ungehemmtere Orientierung am Aktienwert, am sog. Shareholder Value*), und die zunehmende Negierung gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Großfusionen und Unternehmensübernahmen beherrschen die Schlagzeilen, die Börse boomt, die Arbeitslosenquote steigt, Staat und Gesellschaft tragen die Lasten einer Unternehmenspolitik, die sich von der verfassungsmäßigen Sozialverpflichtung des Eigentums weitgehend verabschiedet hat.

Preussag kauft die Hapag-Lloyd, Tchibo übernimmt Eduscho, Kirch und Bertelsmann machen gemeinsame Sache im digitalen Fernsehen, Thyssen übernimmt Krupp, die Bayerische Hypo-Bank fusioniert mit der Bayerischen Vereinsbank, die Münchener Rück schmiedet einen gigantischen Versicherungskonzern. Die Konzentration hält unvermindert an, hat an Tempo sogar zugelegt.

Energiesektor, Kaffeemarkt, Reisebranche, Neue Medien, Stahl, Banken und Versicherungen – die Kartellbehörden schauen ohnmächtig der Fusionswelle zu. Die Novellierung des Kartellrechts im Sinne eines ausdrücklichen Verbotes von Kartellen bzw. des Missbrauchs von marktbeherrschenden Stellungen – analog zu den europäischen Bestimmungen – wird von der Wirtschaft und da besonders von den großen Konzernen aufs äußerste bekämpft. Die Politik segnet fast jede neue wirtschaftliche Allianz ab; sie unterstützt sie immer dort, wo es gilt, Standortvorteile zu erlangen, Arbeitsplätze zu sichern, Wahlchancen zu erhöhen. Die Politik dient sich der Wirtschaft an, macht Steuergeschenke in Milliardenhöhe, subventioniert direkt und indirekt die Großunternehmen.

Gesellschaftspolitische Konzepte werden regionalen Strukturen und dem Denken in Ländergrenzen unterworfen. Die politische Rahmengesetzgebung versagt.

»Der Shareholder Value ist die logische Konsequenz der Globalisierung, auf die wir uns dauerhaft einzurichten haben.« (Albrecht Schmidt, Vorsitzender des Vorstandes der Bayerischen Vereinsbank, am 27. Mai 1997) Auch wenn der kausale Zusammenhang zwischen steigenden Aktienkursen und zunehmender Arbeitslosigkeit von den Verfechtern des Shareholder Value geleugnet wird, so richtet sich doch die Geschäftspolitik der großen Konzerne immer stärker an den Interessen der Anteilseigner aus. Selbst gesteckte Vorgaben von Gewinnsteigerungen bis zu 15 Prozent nach Steuern jährlich verlangen rigoroses Management – und das bedeutet Einsparungen und Kostensenkungen, die Konzentration auf Kernbereiche, Firmenverkäufe, Stilllegung von Betriebsteilen,

Entlassung von Mitarbeitern. Die Philosophie: Je schlanker der Konzern wird, um so schlagkräftiger und gewinnträchtiger ist er.

Immer stärker wird das Management angebunden an Zielvorgaben und Plänen zur Umsatzsteigerung und Gewinnmaximierung, für deren Erreichen und Überschreiten Boni, Aktienoptionen und hohe Sonderzulagen auf die Einkommen gezahlt werden. Halbjährlich oder zunehmend auch quartalsweise werden die Unternehmensdaten den Aktionären präsentiert. Das verbietet negative Schlagzeilen, setzt die Unternehmen und Vorstände unter einen selbstauferlegten Erfolgsdruck, in immer kürzeren Abständen Erfolge vorweisen zu müssen. Diese Zwänge können sich nicht mehr am Gemeinwohl oder an langfristigen Strategien des Unternehmens orientieren.

Die Lasten dieser Unternehmenspolitik tragen die öffentlichen Haushalte.

Die Arbeitslosen, die einem schlanken Unternehmen zum Opfer fallen, fängt der Sozialstaat auf, der Steuerzahler. Die Abgaben an Ertragssteuern der meisten großen Konzerne hingegen sind in den letzten Jahren trotz steigender Gewinne stetig gesunken. Die Repräsentanten der Wirtschaft attackieren immer aggressiver den sozialen Kontext, sie schrecken sogar (BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel) nicht davor zurück, den Föderalismus, der angeblich wirtschaftliches Wachstum hemmt, zur Disposition zu stellen, wenn es der Erhöhung der Rendite dienen könnte. Die Gewinnmaximierung der Unternehmen hat oberste Priorität, die Kosten soll der Staat übernehmen. Eine Spirale ist in Gang gekommen, an der nicht endlos gedreht werden kann.

Besonders deutlich wird das auf dem Sektor der Ausbildung. Fast alle Appelle der Parteien und Gewerkschaften zur Erhöhung der Ausbildungsquoten verhallen folgenlos, die großen Konzerne unterwerfen selbst die Nachwuchsförderung dem Shareholder Value. Ausgebildet wird lediglich für die unmittelbaren und kurzfristigen Anforderungen der jeweiligen Unternehmen, vor allem Einstellungs-garantien werden gescheut. Die Personalpolitik der Großunternehmen drängt große Teile der jungen Generation in die Arbeitslosigkeit, ist mit verantwortlich für Perspektivlosigkeit und Resignation. Ähnlich leichtfertig gehen die meisten Vorstände auch mit den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovationen um, die sie teilweise auf das Notwendigste reduzieren. Dabei sind aber gerade eine qualifizierte Nachwuchsförderung und verstärkte Innovationen überlebenswichtige Standortvorteile für ein Hochlohnland wie Deutschland, besonders in der Konkurrenz des globalen Wettbewerbs.

Die neue, vollkommen überarbeitete und ergänzte Ausgabe von »Wem gehört die Republik?« skizziert und charakterisiert die 100 größten und wichtigsten Konzerne, umreißt ihre Rolle am Standort Deutschland vor dem Hintergrund der weiter zunehmenden Globalisierung. Schwerpunktmäßig beschreibt die Ausgabe '98 die unterschiedlichen Strategien und Aktivitäten der Großunternehmen im Forschungsbereich, in der eigenen Ausbildung, der Fort- und Weiterbildung, in der Zusammenarbeit mit Universitäten und Hochschulen, bei Stipendien und Stiftungen. Denn ein weiterer, entscheidender Standortvorteil scheint durch eine allzu kurzatmige Unternehmenspolitik mit der Fixierung auf den Shareholder Value verloren zu gehen:

das Gütezeichen »Made in Germany«.

München, im September 1997“

Zitat aus:

„Wem gehört die Republik“ Rüdiger Liedtke, Eichborn-Verlag

*) Shareholder Value, s. Google, Wikipedia

Eigentlich hatte ich vor, ein eigenes Vorwort zu schreiben – eigentlich. Doch dann fiel mir das Buch „Wem gehört die Republik“ von Rüdiger Liedtke in die Hände.

Eine Namensähnlichkeit des Titels ist übrigens purer Zufall.

Das, was er in seiner Einleitung von 1997/98 ausführt, kann nicht perfekter auf den Punkt gebracht werden.

Da bleibt nur Eines: Das kann ich meinen Lesern nicht vorenthalten; jeder Versuch meinerseits, ein ähnliches Vorwort zu schreiben, wäre nur Stümperei, eine schlechte Kopie.

Es gibt nur Weniges, das sich seit 1997 geändert hat: z.B. ist Karstadt immer noch in der Krise. Großaktionär René Benko von der Signa-Unternehmensgruppe, Österreich, mit einem Immobilienvermögen von über EUR 6,5 Mrd., hat jetzt das Sagen. Oder das Thema Kirch contra Deutsche Bank. Diese Themen sind wieder in den Medien, gehen in die soundsovielte Runde.

Vieles zu den angesprochenen Themen ist hinzugekommen.

Machen Sie sich das Vergnügen und stöbern Sie bei Amazon unter dem Stichwort >Bücher< nach: „Wem gehört die Republik“!

Es lohnt sich für den interessierten Leser!

Osnabrück, im September 2019

**„Auf unserem globalisierten blauen Planeten
bist Du überall und nirgends Zuhause.“**

(Peter A. Hoppe)

Ein 68er würde es auf den Punkt bringen: **Digital? Global? Sch...egal!**